



Stadt Erlangen

Der Oberbürgermeister

Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Bau und Verkehr
z. Hd. Herrn Joachim Herrmann
Odeonsplatz 3
80539 München

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon 0 91 31 / 86 22 00
Telefax 0 91 31 / 86 21 12
E-Mail stadt@stadt.erlangen.de
Internet <http://www.erlangen.de>
Az. RJ007

30. Mai 2017

Keine Abschiebungen nach Afghanistan und Äthiopien

Sehr geehrter Herr Innenminister,
lieber Herr Herrmann,

Die Städte München und Würzburg haben sich mit der Bitte um Aussetzung von Abschiebungen nach Äthiopien und Afghanistan an die Staatsregierung gewandt.

Mit Blick auf die Sicherheitslage in diesen Ländern schließen wir uns diesem Appell an. In Äthiopien ist vor allem für einige Ethnien eine Rückkehr mit Gefahr für Leib und Leben verbunden, in Afghanistan erübrigt sich mit Blick in die tägliche Berichterstattung in den seriösen Medien eigentlich jede Diskussion.

Dem schließt sich auch der hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen an, wie das Zitat aus einem Dringlichkeitsantrag in der Stadt München ergibt.

Zitat: "Der letzte Afghanistan-Bericht des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stellt fest, dass „das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen“ sei. Die dauernden Terroranschläge, bei denen auch ein kürzlich „zurück geführter“ Flüchtling verletzt wurde, zeigen ganz klar: Afghanistan ist nicht sicher. Die Zahl von in Afghanistan getöteten Menschen steigt 2016 auf einen neuen Höchststand von 11.418 Menschen, darunter 3.512 Kinder. Trotz dieser lebensgefährlichen Verhältnisse wurden unterdessen Sammelabschiebungen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Afghanistan vollzogen, darunter waren besonders viele afghanische Flüchtlinge aus Bayern. Weitere solche die Menschenrechte verletzenden Abschiebungen, sind geplant

Wenn eine Regierung Menschenrechte verletzt, indem sie Schutzsuchende in Kriegsgebiete oder auch „nur“ in Not und Elend zurückschickt, dann müssen Menschen auf anderen Ebenen Verantwortung übernehmen – ganz besonders auch in den Kommunen. Die Kommunen sind es, die die Politik in letzter Konsequenz ausführen und die zerstörerischen Konsequenzen im Alltag der hier lebenden geflüchteten Menschen tragen müssen.

Es ist nun Sache des Stadtrates und des Oberbürgermeisters, ein deutliches Zeichen zu setzen für humanitäre und die Menschenrechte einhaltende Politik und Praxis.
(aus der Begründung „Dringlichkeitsantrag München“)

In Erlangen hat sich der AK Politik von EFIE an die Stadt gewandt, mit der Bitte, sich dem Anliegen der Städte München und Würzburg anzuschließen. Da wir die Nachrichten verfolgen und die Anschläge und den Terror in Afghanistan registrieren, sehen wir im Vergleich zu anderen Ländern mit Abschiebestopp in Äthiopien und Afghanistan keine besseren Lebensumstände.

Wir bitten Sie daher, von Abschiebungen in die genannten Länder abzusehen und den betroffenen Flüchtlingen bei uns eine berufliche Perspektive zu eröffnen.

Viele der Flüchtlinge aus diesen Ländern haben hohe Integrationsbereitschaft gezeigt und werden von Ehrenamtlichen von EFIE und anderen Organisationen auf ihrem Weg in unsere Gesellschaft begleitet und unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik

Susanne Lender-Cassens

Dr. Elisabeth Preuß